



Unter Zugzwang

Bezirksausschüsse kritisieren die hektische Vorgehensweise bei der zweiten Stammstrecke

Von Renate Winkler-Schlangund Thomas Anlauf

und Thomas Anlauf

Haidhausen/Schwanthalerhöhe - Kritik an der Eile bei Vorarbeiten für die zweite Stammstrecke übt der Bezirksausschuss Au-Haidhausen: Er appellierte am Mittwochabend an den Stadtrat, keinen Vorwegmaßnahmen zuzustimmen. Dieser solle sich erst dann mit dem Projekt befassen, wenn die Planfeststellungsbeschlüsse für alle drei Teile des Vorhabens letztinstanzlich rechtswirksam geworden sind. Auch die Finanzierung müsse komplett stehen, ehe ein Baum versetzt oder ein Bagger bewegt werde. Hier seien aber noch große Zweifel angebracht, denn der Bund habe in den nächsten Jahren für alle Bundesländer nur 2,6 Milliarden Euro zur Verfügung. Der Antrag kam von FDP-Fraktionssprecher Dieter Rippel: 'Wenn man heutzutage die Bürgerbeteiligung an so einem Verfahren ernst nehmen möchte, dann schließt dies Vorabgenehmigungen ohne den Abschluss rechtsstaatlicher Verfahren politisch aus', erklärte Rippel. Er wollte in seinem Antrag ausdrücklich vorschnelle archäologische Untersuchungen hinterm Rathaus untersagen. Die hatte der Stadtrat aber, wie berichtet, wenige Stunden zuvor beschlossen. Die Haidhauser strichen diese Passage dann ohnehin, weil sie als Stadtviertelgremium peinlich darauf achten müssen, nicht ins Gebiet eines Nachbarbezirks hinein zu planen. Rippels Vorstoß aber trugen sie, auch wenn es zu spät war, mit. 'Das ist eine Willensbekundung', erklärte die Vorsitzende Adelheid Dietz-Will (SPD). Sie monierte auch, dass sie anders als der BA-Vorsitzende von Altstadt-Lehel, Wolfgang Püschel (SPD), über diese Stadtratsdebatte nicht informiert worden war.

Dietz-Will rechnet unterdessen mit einigen Klagen aus Haidhausen gegen die zweite Stammstrecke: Die Bürgerinitiative erhebe von ihren Mitgliedern Gebühren gemäß ihrer Quadratmeterzahl und habe daher genug Mittel, sich den Beistand sehr versierter, erfahrener Verwaltungsjuristen leisten zu können. Es war die Sorge des Bezirksausschusses, dass gerade diese Betroffenen nun am Rechtsstaat zweifeln könnten, nur weil der Stadtrat sich durch den Termin der möglichen Olympischen Winterspiele 2018 in Zugzwang bringen lasse. Dietz-Will berichtete, dass aber auch die Bahn vorarbeite: Sie habe bereits die Option für ein Büro in einem Ladenlokal am Orleansplatz. Das jedoch sei sicherlich sinnvoll, so Dietz-Will, weil die Bürger dringend eine Anlaufstelle bräuchten, wenn der Orleansplatz wirklich für sechs Jahre zum Bauloch würde. Der Ausschuss sehe es als seine Aufgabe, die Auswirkungen der drohenden Großbaustelle für die Bürger so gering wie möglich zu halten. So habe man mit erreicht, dass der Hauptteil der Strecke, bis auf zwei Notausstiege, unterirdisch gebaut werden solle. Am Haidenauplatz kämen die Loren mit dem Aushub aus 40 Metern Tiefe dann wieder ans Tageslicht.

Auch auf der Schwanthalerhöhe rumort es: Dort sind die Mitglieder des Bezirksausschuss ziemlich wütend, weil die Deutsche Bahn monatelang keinen Termin nennen konnte, um einen Vertreter zu einer außerordentlichen Bürgerversammlung ins Viertel zu schicken. 'Man hat uns lange genug hingehalten', sagte Thomas Hofstätter (CSU) in der jüngsten Ausschusssitzung am Dienstagabend. Es sei 'bedenklich, Verträge zu unterschreiben ohne eine Bürgerbeteiligung abzuwarten: Bei uns macht man jetzt den gleichen Fehler wie in Stuttgart', wettete Hofstätter. Zwei Monate sei man von der Bahn hingehalten worden - 'so kann man mit den Leuten nicht umgehen'.

Immerhin, jetzt gibt es einen Termin für die außerordentliche Bürgerversammlung zum Thema zweite Stammstrecke: am 24. Mai um 19 Uhr im Verkehrszentrum des Deutschen Museums.

Quelle: Süddeutsche Zeitung

Nr.88, Freitag, den 15. April 2011 , Seite 7

Fenster schließen 